

FÖRDERANTRAG ISB-DARLEHEN

Modernisierung
selbst genutztes Wohneigentum

über die
Kreis-/Stadtverwaltung

Kooperationspartner ¹ :	
GP-Nummer:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	

an die
Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)
Geschäftsbereich Wohnraumförderung
Holzofstr. 4
55116 Mainz

Eingangsvermerk

Aktenzeichen:

1. Persönliche Angaben

	Antragsteller 1			Antragsteller 2		
	Herr	Frau	Divers	Herr	Frau	Divers
Anrede						
Vornamen						
Nachname						
Straße/Haus-Nr.						
PLZ/Wohnort						
Geburtsdatum/-ort						
Steueridentifikationsnummer						
Staatsangehörigkeit	deutsch	andere:		deutsch	andere:	
Aufenthaltsstatus	Niederlassungserlaubnis			Niederlassungserlaubnis		
	Aufenthaltserlaubnis bis: <input type="text"/>			Aufenthaltserlaubnis bis: <input type="text"/>		
Familienstand	Eheleute	Eingetragene Lebenspartnerschaft		Eheleute	Eingetragene Lebenspartnerschaft	
	Ledig	Verwitwet		Ledig	Verwitwet	
	Getrennt lebend	Geschieden		Getrennt lebend	Geschieden	
Ausgeübter Beruf						
Arbeitgeber/seit						
Erwerbsstatus	Beamter	Arbeitnehmer		Beamter	Arbeitnehmer	
	Angestellter im eigenen Unternehmen			Angestellter im eigenen Unternehmen		
	Rentner	Pensionär		Rentner	Pensionär	
Arbeitsvertrag	Vollzeit	Teilzeit/Minijob		Vollzeit	Teilzeit/Minijob	
	Zeitvertrag - befristet bis: <input type="text"/>			Zeitvertrag - befristet bis: <input type="text"/>		
Elternzeit	von:		bis: <input type="text"/>	von:		bis: <input type="text"/>
Selbstständig seit/ Branche						
Name des Unternehmens						

¹ nur auszufüllen, wenn ein gültiger Kooperationsvertrag mit der ISB besteht

Neben den Antragstellern gehören zum Haushalt:

Kinder, geboren am:

Kind 1		Kind 2		Kind 3	
Kind 4		Kind 5		Kind 6	
Für		Kind(er) wird Kindergeld bezogen			

Attestierte Schwangerschaft

Bei Mehrlingsschwangerschaft - Anzahl:

(Bitte Attest beifügen)

Weitere Personen:

Name	Geburtsdatum	Name	Geburtsdatum

Personen mit einer Schwerbehinderung oder Pflegegrad:

Name	Grad der Behinderung	oder	Pflegegrad

(Bitte Nachweise beifügen)

Wir haben/ich habe bereits Wohnraumfördermittel des Landes Rheinland-Pfalz/der LTH/der ISB erhalten bzw. beantragt.

Nein

Ja

Wenn ja, unter dem Aktenzeichen:

Datum Förderzusage:¹

Wir haben für dieses Objekt bereits Fördermittel aus einem anderen Programm des Landes RLP beantragt bzw. erhalten. (z.B. Dorferneuerungsprogramm, Städtebauförderung)

Nein

Ja

Wenn ja, bitte eine Kopie des Antrags, Förderbescheids bzw. Vertrags beilegen.

2. Objekt

Objektanschrift/Name Baugebiet

Grundbuch von

Blatt

Flurstück

Eigentumswohnung

Gebäude mit:

1 Wohnung

2 Wohnungen

Gewerbl. Teil

qm² Gewerbefläche

Anzahl barrierefrei

Objektbeschreibung	Wohnung Lage (KG,EG,OG,DG)	Wohnräume (Anzahl)	Wohnfläche gesamt (m ²)	Vorhandene Wohnfläche (m ²)	Neu geschaffene Wohnfläche (m ²)
Selbst genutzte Wohnung					
Weitere Wohnung					

Mit den Maßnahmen am Objekt wurde bereits begonnen:

Nein

Ja

Datum:

Es erfolgte eine Förderung des Ankaufs durch die ISB:

Nein

Ja

Datum Förderzusage:

¹ Keine Förderung, wenn der Ankauf binnen der letzten 18 Monate durch ein ISB-Darlehen gefördert wurde.

3. Ermittlung des ISB-Darlehens Modernisierung

Modernisierungskosten, für die ein ISB-Darlehen beantragt wird:

	EUR	Anzahl		EUR
- bei Haushalten bis zu vier Personen max. EUR 100.000				
- für jede weitere Person im Haushalt EUR 5.000		x	=	
- Darlehenshöchstbetrag nach der Haushaltsgröße:				
Mögliches ISB-Darlehen:				
(Max. in Höhe der Investitionskosten)				(Kaufm. gerundet auf volle Tausend EUR)

ISB-Darlehen Modernisierung wird beantragt in Höhe von:

			EUR
			(Kaufm. gerundet auf volle Tausend EUR)
Es wird ein Tilgungszuschuss beantragt	Ja	Nein	
Zinsfestschreibung	10 Jahre	15 Jahre	20 Jahre
Tilgung	1,8 % zzgl. ersparter Zinsen (Annuitätendarlehen) ¹		
oder Tilgungersatz (Ansparung BSV/LV) in Höhe von		EUR p. a., der mindestens 1,8 % p. a. des ISB-Darlehens entsprechen muss	

Durchzuführende Modernisierungsmaßnahmen:

Einsparungen von Energie und Wasser

Barrierefreie Maßnahmen

Bad

Innere Erschließung

Äußere Erschließung

Technische Maßnahmen

Sonstiges

Sonstige Maßnahmen (z.B. nachhaltige Erhöhung des Gebrauchswertes, Verbesserung des Wohnwertes)

Verbesserung des Wohnumfeldes

Welcher Effizienzhausstandard wird mit der geförderten Maßnahme erreicht?

kein EH Standard

EH 85

EH 55 Standard oder besser

ISB-Darlehen für Wohneigentum und ISB-Darlehen für die Modernisierung können zusammen nur bis zu den Höchstbeträgen gem. Seite 8 Nr. 7 gewährt werden.

¹ Bei Antragstellern, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, kann eine Erhöhung des Tilgungssatz durch die ISB erforderlich werden. Die ISB prüft dies im Einzelfall.

4. Kosten- und Finanzierungsplan für das Objekt (ohne Umschuldungen o. Ä.)

Nachweise sind beizufügen

Kosten		Finanzierung	
	EUR		EUR
Kosten der Modernisierungsmaßnahme inkl. Instandsetzung ¹		Darlehen Mitfinanzierer	
Frei finanzierte Maßnahmen, z.B. Ankauf, Umbau, Umwandlung, Erweiterung, Ausbau		ISB-Darlehen Modernisierung	
Kosten, die mit Mitteln aus dem Programm Dorferneuerung gefördert werden ²		Sonstige Fremdmittel ³	
		Eigenkapital	
		Selbsthilfe	
Gesamtkosten⁴		Gesamtfinanzierung⁴	

Darlehen für das Förderobjekt

Bitte tragen Sie hier die für das Objekt bereits bestehenden sowie die in der Finanzierung aufgeführten Darlehen mit Konditionen ein, in der Reihenfolge der grundpfandrechtlichen Absicherung.

Darlehensgeber	Darlehensbetrag EUR	A Zinsen % jährl.	B Tilgung % jährl.	C Tilg.-Ersatz EUR jährl.	A+B+C Kapitalkosten EUR jährl.

¹ Kosten für die Modernisierung einer Einliegerwohnung können in diesem Programm nicht finanziert werden.

² Darin enthalten ein Zuschuss aus dem Programm "Dorferneuerungsmittel". (Siehe s. 8 Nr. 2).

³ Darin enthalten ein Zuschuss aus dem Programm „Dorferneuerungsmittel/Städtebauliche Erneuerung/Städtebauförderung“. (Siehe Seite 8 Nr. 2)

⁴ Die Summe der Gesamtkosten muss mit der Summe der Gesamtfinanzierung übereinstimmen.

5. Vermögensverhältnisse in EUR

Bitte aktuelle Nachweise beifügen

	Antragsteller 1	Antragsteller 2
Name		
(Es ist das Vermögen anzugeben, das nicht in die Finanzierung eingebracht wird)		
Guthaben bei Kreditinstituten		
Guthaben bei Bausparkassen		
Wertpapiere		
Grundstücke und Gebäude		
Sonstiges Vermögen		

Kreditverpflichtungen bei Banken und Nichtbanken ohne Schulden für geplante Maßnahmen (bitte aktuelle Nachweise beifügen)

z.B. laufende Darlehen für vorhandene Immobilien, Raten- und Konsumkredite, Autofinanzierung, Umschuldungen

Art	Urspr. Kapital EUR	Restschuld EUR	Mtl. Rate EUR	Zu zahlen bis	Urspr. Kapital EUR	Restschuld EUR	Mtl. Rate EUR	Zu zahlen bis

Sonstige Zahlungsverpflichtungen (bitte aktuelle Nachweise beifügen)

z.B. Bausparbeiträge (ohne Bauspardarlehen von Seite 4) und Versicherungsbeiträge, Unterhaltsleistungen, Leasingraten, Steuerschulden

Art	Mtl. Rate EUR	Zu zahlen bis	Mtl. Rate EUR	Zu zahlen bis

Bestehen oder bestanden Zwangsvollstreckungsmaßnahmen?

z.B. Pfändungen, eidesstattliche Versicherung gem. § 807 ZPO, Haftandrohung zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung, Konkurs-, Vergleichs- oder Insolvenzverfahren

Nein
Ja

Nein
Ja

Bestehen hieraus noch Verpflichtungen?

Nein, keine
Ja, folgende in Höhe von: <input type="text"/> EUR

Nein, keine
Ja, folgende in Höhe von: <input type="text"/> EUR

Bestehen Eventualverbindlichkeiten wie Bürgschaften, Schuldbeitritte oder Mithaftungen?

Nein, keine
Ja, folgende in Höhe von: <input type="text"/> EUR

Nein, keine
Ja, folgende in Höhe von: <input type="text"/> EUR

6. Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten (gem. § 3 und § 11 Geldwäschegesetz (GwG)) sowie
Klärung der Frage, ob Beteiligte ein wichtiges öffentliches Amt ausüben (gem. § 1 Abs. 12 und 15 Abs. 3 GwG)

1. Name und Rechtsanschrift des Antragstellers/Vertragspartners		
---	--	--

Steueridentifikationsnummer		
-----------------------------	--	--

Die Ziffern 2.-4. sind nur auszufüllen, wenn Antragsteller/Vertragspartner eine juristische Person oder Personengesellschaft ist.

2. Eventuell abweichende Geschäftsadresse		
---	--	--

3. Registernummer		
-------------------	--	--

4. Darstellung der gesamten Konzern-/Eigentümerstruktur einschließlich Angabe der Beteiligungen in Prozent. Bitte ggf. Anlage verwenden oder vollständiges Organigramm beifügen.		
---	--	--

5. Wer ist/sind wirtschaftlich Berechtigte/r oder fiktiv wirtschaftlich Berechtigte/r? ¹ Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift des/der wirtschaftlich Berechtigten Steueridentifikationsnummer		
--	--	--

6. Bekleidet der Antragsteller/Vertragspartner oder, soweit vorhanden, der (fiktive) wirtschaftlich Berechtigte ein wichtiges öffentliches Amt (politisch exponierte Person – PEP) bzw. hat er in der Vergangenheit ein solches Amt bekleidet? ²	Ja	Nein
---	----	------

7. Steht der Antragsteller/Vertragspartner oder, soweit vorhanden, der (fiktive) wirtschaftlich Berechtigte einer Person, die ein wichtiges öffentliches Amt bekleidet bzw. bekleidet hat, nahe? ³	Ja	Nein
---	----	------

8. Falls „Ja“, Namen und Funktionen der Person/en		
---	--	--

9. Wer ist/sind Verfügungsberechtigte/r? ⁴ Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Anschrift des/der Verfügungsberechtigten Steueridentifikationsnummer		
---	--	--

¹ Wirtschaftlich Berechtigter gem. § 3 Abs. 1 GwG ist die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Antragsteller/Vertragspartner letztlich steht, oder die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird.

Bei Gesellschaften ohne Börsennotierung und Transparenzanforderungen ist wirtschaftlich Berechtigter jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar mehr als 25 % der Kapitalanteile hält, mehr als 25 % der Stimmrechte kontrolliert oder auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt.

Wenn auch nach Durchführung umfassender Prüfungen keine natürliche Person ermittelt worden ist oder Zweifel daran bestehen, dass die ermittelte Person wirtschaftlicher Berechtigter ist, gilt als wirtschaftlich Berechtigter der gesetzliche Vertreter, geschäftsführende Gesellschafter oder Partner des Vertragspartners (fiktiv wirtschaftlich Berechtigter).

Bei rechtsfähigen Stiftungen und Rechtsgestaltungen, mit denen treuhänderisch Vermögen verwaltet oder verteilt oder die Verwaltung oder Verteilung durch Dritte beauftragt wird, oder bei diesen vergleichbaren Rechtsformen ist wirtschaftlich Berechtigter jede natürliche Person, die als Treugeber, Verwalter von Trusts (Trustee) oder Protektor, sofern vorhanden, handelt oder jede natürliche Person, die Mitglied des Vorstands der Stiftung ist oder jede Person, die als Begünstigte bestimmt worden ist, oder die Gruppe von natürlichen Personen, zu deren Gunsten das Vermögen hauptsächlich verwaltet oder verteilt werden soll, sofern die natürliche Person, die Begünstigte des verwalteten Vermögens werden soll, noch nicht bestimmt ist, oder jede natürliche Person, die auf sonstige Weise unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf die Vermögensverwaltung oder Ertragsverteilung ausübt.

Bei Handeln auf Veranlassung ist derjenige wirtschaftlich Berechtigter, auf dessen Veranlassung gehandelt wird. Soweit der Antragsteller/Vertragspartner als Treuhänder handelt, handelt er ebenfalls auf Veranlassung.

² Ein wichtiges öffentliches Amt im Sinne des GwG liegt bei Ausübung/Wahrnehmung folgender Funktionen vor:

- Staats- und Regierungschef, Minister und stellvertretender Minister bzw. Staatssekretär, Mitglieder der Europäischen Kommission
- Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane
- Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien
- Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfen oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann
- Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen
- Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken
- Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés
- Mitglied der Leitungs-, Verwaltungs- und Aufsichtsgremien staatseigener Unternehmen
- Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation

Als wichtige öffentliche Ämter, die einen PEP-Status in Deutschland begründen, kommen nur Funktionen auf Bundesebene, sowie Landesministerpräsidenten, Landesminister und deren Staatssekretäre in Betracht.

³ Hierunter fallen sowohl **unmittelbare Familienmitglieder** (Ehepartner, eingetragene Lebenspartner, Kinder und deren Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner, Eltern) als auch **bekanntermaßen nahestehende Personen**. Eine bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne dieses Gesetzes ist eine natürliche Person, die

- a) gemeinsam mit einer politisch exponierten Person wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Abs.1 GwG (juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft) ist oder wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 GwG (Trusts, nicht rechtsfähige Stiftungen oder ähnliche Rechtsgestaltungen)
- b) zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
- c) alleiniger wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Abs. 1 GwG (juristische Person oder eingetragene Personengesellschaft) ist oder einer Rechtsgestaltung nach § 21 (Trusts, nicht rechtsfähige Stiftungen oder ähnliche Rechtsgestaltungen), bei der die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.

⁴ Verfügungsberechtigter im Sinne des § 154 Abs. 2 Nr.1 AO ist sowohl der Gläubiger der Forderung und seine gesetzlichen Vertreter als auch jede Person, die zur Verfügung über das Konto bevollmächtigt ist (Kontovollmacht).

7. Hinweise und Erklärungen

1. Ein Rechtsanspruch auf die beantragten Fördermittel besteht nicht. Maßgeblich ist der bei Antragseingang bei der ISB gültige Zinssatz. Nur ein vollständiger Antrag sichert den Zinssatz.
2. Eine Kombination der Wohnraumförderung mit anderen Förderangeboten des Landes für denselben Zweck ist nicht möglich. Um eine Doppelförderung auszuschließen, muss eine Aufteilung der weiteren Förderung nach Kostenposition erfolgen oder ein Kostenerstattungsbetrag von der Gemeinde unter Berücksichtigung der Wohnraumförderung berechnet werden.
3. Um künftig fällige Leistungen aus der Förderung von Ihrem Konto einziehen zu können, ist beiliegendes SEPA-Lastschriftmandat mit Ihrer Kontoverbindung ausgefüllt und unterschrieben dem Antrag beizufügen. Die ISB wird rechtzeitig vor dem ersten Einzug die Mandatsreferenznummer mitteilen. Das Mandat kann jederzeit widerrufen und innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung eines eingezogenen Betrages verlangt werden.
4. Für die Bearbeitung des Antrages ist ein einmaliges Entgelt in Höhe von 1,0 % der Darlehenssumme, mindestens EUR 250,00 zu entrichten. Der Anspruch auf das Bearbeitungsentgelt entsteht mit der Bearbeitung des Antrages bei der ISB. Die ISB wird das Entgelt in der Regel bei Auszahlung der ersten Darlehensrate einbehalten.
5. Der Antragsteller versichert, dass die im Antrag und in der dazugehörigen Anlage gemachten Angaben vollständig und wahrheitsgetreu sind.
Der Antragsteller ist verpflichtet, der ISB Änderungen zu den hier gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.
6. Zur Refinanzierung des ISB-Darlehens können Mittel der KfW und/oder CEB zum Einsatz kommen.
7. Förderhöchstbeträge:

Fördermietenstufe 1	150.000 EUR
Fördermietenstufe 2	150.000 EUR
Fördermietenstufe 3	175.000 EUR
Fördermietenstufe 4	175.000 EUR
Fördermietenstufe 5	190.000 EUR
Fördermietenstufe 6	190.000 EUR
Fördermietenstufe 7	190.000 EUR

Der Förderhöchstbetrag erhöht sich bei Familien ab 3 Kindern und mehr für das 3. und jedes weitere Kind um je 10 %. Das Modernisierungsdarlehen darf zusammen mit einem in den letzten fünf Kalenderjahren gewährten ISB-Darlehen die Höchstbeträge nicht übersteigen.

8. Wirtschaftlich Berechtigter und Beteiligte, die ein wichtiges öffentliches Amt ausüben
Nach dem Geldwäschegesetz ist die ISB verpflichtet, den wirtschaftlich Berechtigten festzustellen und zu klären, ob Beteiligte ein wichtiges öffentliches Amt ausüben. Beiliegende Erklärung ist daher ausgefüllt und unterschrieben dem Antrag beizufügen.
9. Der Antragsteller wird darauf hingewiesen, dass die bei ihm erhobenen Daten für die Bearbeitung des beantragten ISB-Darlehens benötigt werden. Zum Zweck der Bewilligung und Verwaltung der gewährten Darlehen werden die personenbezogenen Daten durch die damit beauftragten Kreis- und Stadtverwaltungen und die ISB verarbeitet. Dazu zählt auch die Übermittlung von Daten an die Gemeinde- und Verbandsgemeindeverwaltung und im Falle der Refinanzierung an die KfW und/oder CEB. Der Antragsteller wird weiter darauf hingewiesen, dass die ISB zum Zwecke der Antragsbearbeitung von den Mitfinanzierern personenbezogene Daten (Darlehensvertrag, Kapitaldienstberechnung, Legitimationsprüfung) erhält.
10. Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Die Bank übermittelt im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank/Sparkasse oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 18a des Kreditwesengesetzes).

Der Kunde befreit die Bank insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationenblatt nach Art. 14 DSGVO entnommen oder online unter www.schufa.de/datenschutz eingesehen werden.

11. Es wird bestätigt, dass die Anlage Datenschutzinformation zur Kenntnis genommen wurde. Dies gilt insbesondere für das Widerspruchsrecht gegen die Datenverarbeitung gem. Art. 21 DSGVO.
Es wird bestätigt, dass die Anlage Schufa Information zur Kenntnis genommen wurde.
12. Ich/Wir willige(n) ein, dass die ISB mich/uns per unverschlüsselter E-Mail kontaktieren darf.

13. Der Antragsteller ist damit einverstanden und berechtigt die ISB, Auskünfte über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers bei Dritten, insbesondere bei Mitfinanzierern, einzuholen und diesen Auskünfte zu erteilen, sowie weitere Unterlagen anzufordern, sofern dies für die Antragsbearbeitung und die Verwaltung des Darlehens nach pflichtgemäßem Ermessen angebracht erscheint. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber der ISB widerrufen werden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Ort	Datum	Unterschrift Antragsteller 1 Unterschrift gilt auch für Schufa-Klausel	Unterschrift Antragsteller 2 Unterschrift gilt auch für Schufa-Klausel

Sie erreichen uns/mich unter:

	Telefon/Mobil		
	E-Mail		

Wie sind Sie auf das ISB-Darlehen aufmerksam geworden?

Presse	Empfehlung	Internet	ISB
Bank	Veranstaltung	Messe	Sonstige: <input style="width: 100%;" type="text"/>
Finanzierungsberater:	<input style="width: 100%;" type="text"/>		

Bei der Antragstellung hat/haben mitgewirkt:

8. Erforderliche Unterlagen/Nachweise

Für die Bearbeitung des Antrages sind die nachstehend genannten Unterlagen erforderlich.

Dem Antrag liegt bei:

Einkommenserklärung mit Einkommensnachweisen	Für die Angaben ist der Vordruck Anlage "Einkommen" zu verwenden. Ab 55 Jahren zusätzlich letzte Renteninformation bzw. vergleichbare aussagefähige Unterlagen.
Versicherungsnachweise	Wenn keine Kranken-/Pflege- bzw. Rentenversicherungspflicht besteht: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Beitragsnachweise für die private oder freiwillige Kranken-/Pflegeversicherung ▪ Beitragsnachweise für die private Altersvorsorge (z.B. Lebensversicherung)
Sonstige Nachweise	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Haushaltsbescheinigung der Meldebehörde bzw. Meldebescheinigung ▪ Ggf. Schwerbehindertenausweis ▪ Ggf. Nachweis des Pflegegrades ▪ Ggf. Attest über eine bestehende Schwangerschaft
Finanzierungsnachweise	Fügen Sie bitte das Darlehensangebot Ihrer Bank bei, ggf. auch für ein Eigenkapitalersatzdarlehen.
Eigenkapital	Alle Angaben zum Eigenkapital sind mit Nachweisen zu belegen.
Lageplan	Sie erhalten diesen unter www.geoportal.rlp.de oder auf Antrag bei dem für den Bauort zuständigen Katasteramt. Die Einzeichnung des/der Gebäude (auch der Garagen) muss ersichtlich sein. Bei einem Neubau kann die Einzeichnung durch den Planfertiger erfolgen.
Vermögensverhältnisse	Alle Angaben zu den Vermögensverhältnissen (Punkt 5) sind mit Nachweisen zu belegen.
Kreditverpflichtungen bei Banken und Nichtbanken	Alle Angaben zu den weiteren Verpflichtungen (Punkt 5) sind mit Nachweisen zu belegen.
Sonstige Zahlungsverpflichtungen	Alle Angaben zu den weiteren Verpflichtungen (Punkt 5) sind mit Nachweisen zu belegen.
Wirtschaftlich Berechtigter	Die Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten sind immer von allen Antragstellern auszufüllen (Punkt 6).
Kaufvertrag	Eine Kopie des notariellen Vertrages ist beizufügen, wenn der Kauf der Immobilie nicht länger als 5 Jahre zurückliegt.
Erbbaurechtsvertrag	Sofern ein Erbbaurecht besteht, reichen Sie bitte eine Kopie des aktuellen Vertrages ein.
Unbeglaubigter Grundbuchauszug	Der Auszug muss neueren Datums sein und alle Abteilungen des Grundbuches enthalten. Er ist auf Antrag bei dem für den Bauort zuständigen Amtsgericht (Grundbuchamt) erhältlich.
SEPA-Lastschriftmandat	Ausgefülltes und unterschriebenes SEPA-Lastschriftmandat (Anlage 2).
Kostenaufstellung	Ausgefüllte und unterschriebene Kostenaufstellung (Anlage 3).
Energieeffizienzexperte	Die Anlage 4 ist auszufüllen und unterschrieben beizufügen, wenn durch die Modernisierungsmaßnahmen mind. EH 85 erreicht wird.

Die Kreis-/Stadtverwaltung und die ISB behalten sich vor, weitere Unterlagen anzufordern.

Einkommen (in EUR)

Name Antragsteller:						
Gesamteinkommen der letzten 12 Monate	Antragsteller 1		Antragsteller 2		Weiteres Haushaltsmitglied mit Einkommen (Ggf. sind mehrere Anlagen auszufüllen)	
					Name:	
Nichtselbstständige Arbeit	Brutto EUR pro Jahr	Netto EUR pro Jahr	Brutto EUR pro Jahr	Netto EUR pro Jahr	Brutto EUR pro Jahr	Netto EUR pro Jahr
aus Arbeitsverhältnis 1						
aus Arbeitsverhältnis 2						
Summe						
Selbstständige Arbeit/ Gewerbebetrieb/Land- und Forstwirtschaft						
Aktuelles Jahr						
Vorjahr						
Renten/Pensionen						
Steuerfreie/Sonstige Einnahmen¹						
Kapitalvermögen						
Vermietung und Verpachtung						
Kindergeld/Kinderzuschlag						
Kinderbetreuungskosten						
Zu zahlender Unterhalt						
Werbungskosten, wenn höher als die Pauschale (EUR 1.230)						
Gezahlt werden (Bitte ankreuzen)						
<input type="checkbox"/> Steuern						
<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge Rentenversicherung						
<input type="checkbox"/> Pflichtbeiträge Kranken- und Pflegeversicherung						
Beiträge, die den vorgenannten Pflichtbeiträgen entsprechen		EUR		EUR		EUR

Werden sich innerhalb von zwölf Monaten nach Antragstellung (bei Elternzeit bis Wiedereinstieg) angegebene Einkommen/Einnahmen ändern?

Art Einkommen/ Einnahme	Neu in EUR	Ab dem	Name des Haushaltsmitgliedes	Grund der Änderung

Für jegliche Angaben sind aktuelle Nachweise (ggf. auch eine aktuelle vom Steuerberater unterschriebene betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA) und BWA des Vorjahres) beizulegen. Es wird bestätigt, dass die Einkommensverhältnisse sämtlicher Haushaltsmitglieder angegeben sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass falsche Angaben strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

Ort	Datum	Unterschrift Antragsteller 1	Unterschrift Antragsteller 2

¹ Hierzu zählen beispielsweise Eltern- oder Krankengeld.

SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT

An die

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)**Holzhofstr. 4****55116 Mainz**

Aktenzeichen:

Gläubiger Identifikationsnummer	DE66ZZZ00000067845
Mandatsreferenz (wird von der ISB ausgefüllt)	
Partnernummer (wird von der ISB ausgefüllt)	

Darlehensnehmer

Nachname			
Vorname			
Straße/Haus-Nr.			
PLZ		Ort	

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die ISB, Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ISB auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Wir bitten Sie, das Formular ausgefüllt und unterschrieben an uns zu senden, damit der Einzug zum nächsten Fälligkeitstermin durchgeführt werden kann.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name/Firma (Kontoinhaber)				
Firma				
Straße/Haus-Nr.				
PLZ		Ort		Land
Name Kreditinstitut				
IBAN				
BIC				

Ort und Datum	Unterschrift

Nur auszufüllen, wenn abweichend vom Kontoinhaber

Dieses SEPA-Lastschriftmandat gilt für Zahlungen aus der Vereinbarung mit				
Vorname und Name/Firma (Vertragsinhaber)				
Straße/Haus-Nr.				
PLZ		Ort		Land

Kostenaufstellung Verwendungsnachweis

Aktenzeichen

Bei Antragstellung auszufüllen

Nach Abschluss der Modernisierungsmaßnahme sind dieser Verwendungsnachweis, die Belegliste und der letzte Auszahlungsantrag mitzuschicken

Kostenaufstellung auf der Grundlage der fachkundig erstellten Kostenvoranschläge

Verwendungsnachweis über die durchgeführten Maßnahmen

Maßnahmen nach Gewerken	Kostenvoranschlag vom:	EUR	Maßnahmen nach Gewerken:	EUR
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				
Gesamtkosten			Gesamtkosten	

Die Kostenvoranschläge/Rechnungen werden der ISB auf Verlangen vorgelegt

Minderkosten gegenüber Antragstellung

EUR

Mehrkosten gegenüber der Antragstellung

EUR

werden wie folgt finanziert:

Die geplanten Maßnahmen/angegebenen Kosten betreffen ausschließlich das zu fördernde Objekt.

Die geplanten Maßnahmen/angegebenen Kosten betreffen ausschließlich das zu fördernde Objekt.

Ort, Datum Unterschrift Bauherr
Bestätigung durch Architekt/Fachkundigen¹

Ort, Datum Unterschrift Bauherr
Bestätigung durch Architekt/Fachkundigen¹

Ort, Datum Unterschrift: Architekt/Fachkundiger

Ort, Datum Unterschrift Architekt/Fachkundiger

Hinweis:
Verschiedene Kostenvoranschläge/Rechnungen für ein Gewerk bitten wir untereinander aufzuführen. Soweit erforderlich nutzen Sie bitte ein separates Blatt.

¹ Erforderlich sofern ein Architekt/Fachkundiger bestellt wurde.

Bestätigung des gelisteten Energieeffizienz-Experten zur Einhaltung des Energieeffizienzstandards

Antrags- und Objektdaten

Antragstellende / Vertragspartner/in			
Förderobjekt			
Straße/Haus-Nr.			
PLZ		Bauort	

Es wird bestätigt, dass der Energieeffizienzhausstandard

85

55 oder besser

gemäß den aktuellen gesetzlichen Vorgaben des GEG erreicht wird.

gelisteter Energieexperte/ gelistete Energieexpertin			
Unternehmen/Firma			
Straße/Haus-Nr.			
PLZ		Ort	

Ort	Datum	Unterschrift und Stempel des/der gelisteten Energieeffizienz-Experten/ Energieeffizienz-Expertin